



II-7962 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

WIEN,  
1014, Wallnerstraße 6a

DIPL.ING. JOSEF RIEGLER  
VIZEKANZLER  
DER REPUBLIK ÖSTERREICH

Zl. 353.270/14-I/6/89

27. Juni 1989

An den  
Präsidenten des Nationalrates  
Rudolf PÖDER

Parlament  
1017 W i e n

36357AB

1989 -06- 28

zu 3798/J

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dkfm. Bauer, Dr. Partik-Pablé haben am 19. Mai 1989 unter der Nr. 3798/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend die Finanzierung der Weltausstellung gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- "1. Wie hoch sind die öffentlichen Mittel, die zur Schaffung der notwendigen Verkehrsinfrastruktur (Autobahnen, U-Bahn usw.) im Zusammenhang mit der Weltausstellung aufgebracht werden sollen?
2. Wie hoch ist dabei der Finanzierungsanteil des Bundes und wie soll dieser Beitrag aufgebracht werden?"
3. Welche anderen Projekte sollen in diesem Zusammenhang zurückgestellt werden?"

Unbeschadet des Umstandes, daß die Agenden im Zusammenhang mit dem Projekt der Weltfachausstellung Wien-Budapest 1995 nunmehr vom Bundesminister für Wissenschaft und Forschung wahrgenommen werden, beantworte ich die Anfrage wie folgt:

- 2 -

Zu Frage 1:

Die Kosten für die Weltausstellung gliedern sich in drei Blöcke:

- a) Betrieb der Weltausstellung: der Sechsmo-nate-Betrieb des Wiener Teils der Weltausstellung samt Vorlauf- und Nachlaufkosten soll sich selbst tragen. Einnahmequellen dafür sind u.a. der Verkauf von Eintrittskarten, Sponsoring, TV-Rechte und Mieteinnahmen sowie die Nachnutzung. Angelehnt an die bei der gleichartigen Veranstaltung im australischen Brisbane 1988 entstandenen Betriebskosten werden diese Kosten für die Weltausstellung Wien in einer ersten Grob-schätzung mit ca. 2 - 3,5 Mrd. S veranschlagt. Da sich dieser Kostenteil selbst trägt, kommen keine Steuermittel zum Einsatz.
  
- b) Zur Finanzierung des zweiten Kostenblockes (das ist die Er-richtung der Ausstellungsgebäude und originären Infrastruk-tur am Ausstellungsgelände selbst) wird privat Kapital auf-gebracht. Diese Frage ist eng mit der Lösung der Nachnutzung am Weltausstellungsgelände verknüpft.
  
- c) Bei der Schaffung der notwendigen Verkehrsinfrastruktur (z.B. Autobahn Wien-Budapest, öffentliche Verkehrseinrich-tungen in Wien, Park & Ride-Anlagen, Messepalast/Hofstal-lungen, etc.) wird von dem Leitgedanken ausgegangen, daß es sich dabei um vorgezogene Infrastrukturmaßnahmen handelt, d.h. um Schaffung notwendiger Infrastruktur vor allem auf dem Gebiet des Verkehrswesens, welche ohnehin hätten einge-richtet werden müssen und aus Anlaß der Weltausstellung lediglich zeitlich vorgezogen wird.

Verhandlungen auf Beamtenebene zwischen dem Bund und der Stadt Wien betreffend die Infrastrukturmaßnahmen haben stattgefunden. Zunächst wurden die anstehenden Projekte aus

- 3 -

den Bereichen Straßenbau, U- und S-Bahn, Park & Ride-Anlagen und sonstigen Vorhaben wie Messepalast einvernehmlich aufgelistet.

Zur Herbeiführung politischer Entscheidungen in diesem Zusammenhang ist vom EXPO-Lenkungsausschuß in seiner konstituierenden Sitzung am 5. Juni 1989 ein Verhandlungskomitee, bestehend aus den Bundesministern Lacina, Schüssel und Streicher, den Stadträten Hatzl, Swoboda und Vizebürgermeister Mayr eingesetzt worden. Leitlinie dieses Komitees wird es sein, seine Entscheidungen so zu fällen, daß die Anzahl "verlorener" Investitionen so gering wie möglich gehalten wird.

Zu Frage 2:

Der Finanzierungsanteil des Bundes im Verhältnis zu dem der Stadt Wien bzw. der angrenzenden Bundesländer wird sich im üblichen Rahmen des Finanzierungsschlüssels bei Investitionsbauvorhaben bewegen. Der Beitrag soll durch das Budget bzw. durch Sonderfinanzierungen aufgebracht werden.

Hinsichtlich des Projektes der Errichtung einer Kunsthalle im Bereich des Messepalastes-Hofstallungen wird eine 50 %-Beteiligung der Stadt Wien für die Kosten der Errichtung angestrebt.

Zu Frage 3:

Da es sich bei den im Zuge der Weltausstellung 1995 zu schaffenden Infrastrukturmaßnahmen lediglich um solche handelt, die zeitlich vorgezogen werden, ist nicht in Aussicht genommen, andere Projekte zurückzustellen.

